Neuer Milliarden-Tributraub droht!

Die Vereinigten Staaten fordern Kriegsschuldenzahlung — Sprengung des Lausanner Abkommens — Katastrophale Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und der imperialistischen Gegensätze

Washington, 24. November. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, hat eine Erklärung veröffentlicht, daß die bestehenden Schuldenabkommen zwischen Amerika und den europäischen Ländern respektiert werden müssen. Die Schuldnermächte hätten in ihren Gesuchen keine ausreichende Begründung für einen Zahlungsaufschub gegeben. Die Vereinigten Staaten verlangten, daß die am 15. Dezember fällige Schuldenrate abgeführt werde. Amerika würde die Lage derjenigen Länder (gemeint ist zweifellos England), deren Währung entwertet ist, bei der Schuldenzahlung berücksichtigen.

Das englische Regierungsorgan, die „Times", erklärt im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Schuldennachlasses durch die Vereinigten Staaten, die Folge dieser amerikanischen Haltung werde sein, daß die englische Währung weiter sinken würde. Das Blatt droht offen mit einer Sprengung des Lausanner Abkommens und schreibt: „Am ernstesten werden die Rückwirkungen auf das Lausanner Abkommen und auf die Aussichten für die Weltwirtschaftskonferenz sein. Die Ratifizierung des Lausanner Abkommens ist davon abhängig gemacht worden, daß die Schuldner zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung mit Amerika gelangen. Da sich diese Hoffnungen nicht erfüllen, so kehrt man wieder zu einer Lage zurück, wie sie rechtlich vor Abschluß des Lausanner Abkommens bestand."

Auch die französische Presse erklärt klar und eindeutig, daß nun keine Rede von einer Ratifizierung des Lausanner Abkommens sein könne.

Wir zeigen den Ausweg aus Katastrophe und Tributknechtschaft

Welche Gründe führten zur Ablehnung des Schuldennachlasses durch die Vereinigten Staaten?

1. Die würgende Hand der kapitalistischen Krise, die immer weiter fortschreitende Zerrüttung des Finanzsystems auch der Vereinigten Staaten macht es dem amerikanischen Imperialismus immer schwieriger, auf die Zahlung der Kriegsschulden zu verzichten oder auch nur Zugeständnisse an seine Schuldner zu machen. In dem gleichen Augenblick, wo Frankreich und England einen Nachlaß ihrer Schulden verlangen, sieht sich der amerikanische Imperialismus einem Milliardendefizit im Staatshaushalt gegenüber, wächst die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten von Monat zu Monat, geht die Produktion der entscheidenden Industriezweige Amerikas in katastrophalem Ausmaße zurück.

2. Der amerikanische Imperialismus versucht durch seinen Schritt die sich anbahnende Einheitsfront der Schuldnerstaaten zu zerreißen, und einen Schuldner gegen den anderen auszuspielen. Nichts anderes bedeutet es, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, daß sie mit den Schuldnern nur einzeln verhandeln wolle und bereit sei, die Länder, deren Währung erschüttert ist, entsprechend zu berücksichtigen.

3. Die Vereinigten Staaten benutzen ihre Machtposition als Gläubiger der europäischen imperialistischen Mächte zu einer Stärkung ihrer Position in der Frage des Mandschurei-Konfliktes und des Kampfes um die Vorherrschaft am Stillen Ozean. Indem Washington insbesondere dem französischen Imperialismus den Wechsel zur Zahlung seiner Kriegsschulden überreicht, übt es auf Frankreich den stärksten Druck mit dem Ziel einer Zerreißung des japanisch-französischen Bündnisses aus. Schon diese Tatsache zeigt, wie eng die Kriegsschuldenfrage mit dem Ausbruch des imperialistischen Krieges zusammenhängt.

4. Im Kampf um die militärische Ueberlegenheit zwischen den imperialistischen Mächten benutzt der amerikanische Imperialismus seine Gläubigerschaft zur Durchsetzung seiner Rüstungspläne. Diese Pläne haben nichts zu tun mit einer Abrüstung, sondern sollen lediglich die Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten gegenüber ihren imperialistischen Rivalen sichern.

Die unnachgiebige Haltung des amerikanischen Imperialismus in der Kriegsschuldenfrage, selbst erzeugt durch die kapitalistische Weltwirtschaftskrise, hat eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise zur Folge. Der englische Imperialismus droht offen mit einer Verstärkung des Inflationskurses, mit einem neuen Sturz des Pfund-Sterlings. Die Silberstreifen-Prophezeiungen, die man noch vor wenigen Wochen von allen amtlichen und nichtamtlichen „Sachverständigen" des kapitalistischen Systems vernahm, wo sind sie geblieben? Verschärfter Kampf um die Absatzmärkte, weitere Zerrüttung des Finanzsystems der kapitalistischen Staaten, Steigerung aller imperialistischen Gegensätze, Neuaufrollung der Tributfrage, das ist von diesen verlogenen Prophezeiungen übriggeblieben.

Das Lausanner Abkommen, von den kapitalistischen Regierungen sowohl Deutschlands, wie Frankreichs und Englands und ihren sozialdemokratischen Lakaien als „Lösung der Reparationsfrage" gepriesen, kann heute schon als gesprengt angesehen werden. In Lausanne, wo dem werktätigen deutschen Volk erneut drei Milliarden Tribute auferlegt wurden, haben die Versailler Mächte unter Mitwisserschaft des deutschen Imperialismus ein Abkommen getroffen, daß der Lausanner Vertrag nur dann Gültigkeit habe, wenn die Tributmächte zu einem entsprechenden Abkommen mit den Vereinigten Staaten gelangen. Die Regierungspresse der Versailler Mächte erklärt heute schon offen, daß angesichts der amerikanischen Haltung das Lausanner Abkommen ungültig sei. Und der französische Imperialismus fügt hinzu, daß er nur dann seine Kriegsschulden bezahlen werde, wenn er von Deutschland Reparationen erhalte. Ehe der Young-Pakt gesprengt wurde, vergingen fast drei Jahre. Unter den Umständen der verschärften Weltwirtschaftskrise genügen wenige Monate, um das Lausanner Abkommen zwischen den imperialistischen Mächten zu sprengen. Es gibt keine klarere Bestätigung als diese Tatsache für die Einschätzung des EKKI-Plenums, daß die Konferenz in Lausanne nicht dazu beigetragen hat, die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten auszuschalten.

Die unmittelbare Folge der Neuaufrollung der Kriegsschulden- und Tributfrage wird eine weitere Verschärfung der deutsch-französischen Gegensätze, eine Verstärkung des Druckes Frankreichs auf Deutschland sein. Der französische Imperialismus hat es in der Hand, den in Lausanne beschlossenen Zahlungsaufschub aufzuheben und die sofortige Zahlung der fälligen Tribute zu fordern. Aber selbst, wenn es „nur" zu einer neuen Tributkonferenz kommt, so drohen die schwersten Gefahren für die deutschen Werktätigen, denn es ist ohne weiteres klar, daß neue imperialistische Abmachungen nur eine Verschärfung der Tributknechtschaft bringen können.

Wo ist der Weg aus der drohenden Katastrophe und aus der würgenden Tributknechtschaft? Mit jedem Tag wird es den Werktätigen Deutschlands klarer, daß die Politik der deutschen Bourgeoisie, die Politik der Sozialdemokratie und der Nazis zur unerträglichen Steigerung der Sklaverei des deutschen werktätigen Volkes führt. Immer neue Hunderttausende erkennen, daß der einzige Ausweg aus der Tributknechtschaft, aus den drohenden imperialistischen Kriegskonflikten, aus Elend und Not der Kommunismus ist. Wir wissen uns eins mit den Werktätigen Frankreichs, Englands, Amerikas und aller Länder im gemeinsamen Kampf gegen die Tribute und Kriegsschulden, gegen den drohenden imperialistischen Krieg. Diese unüberwindliche internationale Front unter Führung der Kommunistischen Parteien ist die einzige Kraft, die imstande ist, durch ihren gemeinsamen Kampf die Gefahren, die den Werktätigen Deutschlands und der anderen Länder drohen, abzuwenden. Nieder mit Versailles! Nieder mit den Tributen! Nieder mit den kapitalistischen Machthabern, die das Volk in die Katastrophe treiben! Die Losungen des Kommunismus werden immer mehr zum Gemeingut der Millionenmassen der Werktätigen in Deutschland und in allen kapitalistischen Ländern!

Erfolg der Sowjet-Friedenspolitik

Sowjetisch-polnisches Schlichtungsabkommen unterzeichnet — Sowjetunion, Hort des Weltfriedens

Moskau, 24. November. Im Außenkommissariat wurde gestern das sowjet-polnische Schlichtungsabkommen unterzeichnet, das einen Teil des Nichtangriffsvertrages bildet, der am 25. Juni in Moskau unterzeichnet wurde. Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens, die einen Erfolg der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetregierung bedeutet, rückt auch der Zeitpunkt näher, wo der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Polen ratifiziert wird.

Die unermüdliche Friedenspolitik der Sowjetunion und die anwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens haben die polnische Bourgeoisie gezwungen, den sowjetrussischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes anzunehmen, um auf diese Weise die Möglichkeit zu haben, von der Sowjetunion Aufträge für ihre darniederliegende Industrie zu erhalten. Die Friedenspolitik der Sowjetunion wurde unterstützt durch den Kampf der polnischen Werktätigen gegen die Kriegspläne des polnischen Imperialismus. Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes und des Schlichtungsabkommens zwischen Polen und der Sowjetunion bedeutet in keiner Weise eine Beseitigung der Kriegsgefahr, in welcher das sozialistische Arbeitervaterland nach wie vor schwebt. Die ganze Vergangenheit hat bewiesen, daß die imperialistischen Staaten keinen Augenblick zögern, eingegangene Abmachungen zu zerreißen.

Bukarest, 24. November. Nachdem der rumänische Außenminister Titulescu, ein Vertrauensmann des Delfinaß Beterding und einflußreicher finanzkapitalistischer Kreise Frankreichs, nun schon wochenlang gegen den Abschluß eines sowjetisch-rumänischen Nichtangriffspaktes intrigierte, verkündete er in der gestrigen Parlamentssitzung, daß die rumänische Regierung die Verhandlungen über den Nichtangriffspakt endgültig abbreche.

Aus Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

67. Fortsetzung

Trotz dem strengen Versammlungsverbot, trotz den wütenden Verfolgungen der Polizei und Gendarmerie, die eine förmliche Jagd nach allen Revolutionären veranstalteten und die Versammlungen mit Hilfe von Kosaken auseinanderjagten, gelang es doch, zwei Meetings bis zu Ende durchzuführen, an denen ungefähr zweihundert Menschen teilnahmen.

Die im April geschaffene Organisation in Dalnyjik und in den anderen Bezirken Odessas war im besten Falle dazu fähig, Streiks durchzuführen, Demonstrationen, fliegende Meetings, Massenversammlungen, Propaganda-Zirkel, im gewissen Maße auch den sogenannten „Selbstschutz" zu organisieren, jedoch zur Durchführung eines bewaffneten Aufstandes, besonders aber zur Ausnutzung der Ankunft des Panzerkreuzers „Potjomkin", der am 14. Juni abends nach Odessa kam, war sie absolut nicht vorbereitet.

Später stellte es sich heraus, daß sie sogar zur Durchführung von Streiks nicht genügend stark war, da sie die Arbeit infolge Verhaftungen und Aufflegens, infolge Mangel an Geld und Wohnungen, wie es Ende Mai und Anfang Juni 1905 der Fall war, nicht weiterführen konnte.

Das Komitee in Odessa bestand aus fünf Genossen. Einer von ihnen leitete die „Technische Abteilung" (Schreiben, Drucken und Verbreiten von Flugblättern und illegaler Literatur), der zweite leitete die gesellschaftliche Sektion; der dritte die Intellektuellensektion, der vierte war Sekretär, der fünfte Organisator für die ganze Stadt, der die Propaganda und Agitation leitete, wie auch die literarische Gruppe.

Im Mai 1905 spielte außer der Organisierung der Agitation und Propaganda die sogenannte „Gesellschaftliche Sektion", die unter der bürgerlichen Intelligenz arbeitete, eine große Rolle. Ihr oblag die Pflicht, das Komitee mit Wohnungen für Abhaltung von Versammlungen wie auch mit Geldmitteln zu versehen. In dem Maße, in dem sich die revolutionäre Arbeiterbewegung verbreitete und immer mehr Funktionäre brauchte, denen es unmöglich war, einen Verdienst zu finden, mußten immer größere Geldsummen aufgetrieben werden, um diese Genossen erhalten und die sich ständig steigernde Nachfrage der Arbeiter nach Flugblättern und illegaler Literatur befriedigen zu können.

Von dem Führer der Gesellschaftlichen und Intellektuellensektion hing es also ab, ob das Komitee Wohnungen zur Verfügung bekam, die der Polizei noch nicht bekannt waren, und wo man sich ruhig, ohne Angst vor Ueberraschungen und Verhaftungen, versammeln konnte, von ihm hing es auch ab, ob das Komitee mit genügenden Geldmitteln versehen wurde, die es ermöglichten, Flugblätter herauszugeben und die Genossen, die keinen Verdienst fanden, zu erhalten.

Der Streik brach gerade zu Beginn des Sommers aus, das war die Zeit, wo die ganze liberale Bourgeoisie und Intelligenz, von der man Geld für die Partei auftreiben konnte, zu verreisen pflegte. Es fügte sich auch so, daß die beiden Lewizkij, in deren Händen die Verbindungen zur Geldsammlung lagen, infolge Erkrankung, unaufschiebbarer ärztlicher Behandlung und beginnender Bespitzelung, gezwungen waren, Odessa für den ganzen Sommer zu verlassen.

Besonders die Abreise Ossip Lewizkijs und seine Erklärung, daß er kein Geld für uns habe und in nächster Zeit auch keines auftreiben könne, versetzte uns in eine aussichtslose Lage und wirkte verheerend wie eine Bombe. Wir brauchten dringend Geld, nicht nur zur Erhaltung unserer Genossen, sondern vor allem, um eine neue „Technische Abteilung" zu organisieren — die alte war hochgegangen. Die Menschewiken brachten es nämlich aus Konkurrenzgründen fertig, nicht weniger als zweimal wöchentlich Flugblätter für die Arbeiter herauszugeben, und ohne Mittel konnten wir mit ihrer Propaganda nicht Schritt halten.

Ich muß hinzufügen, daß die Lewizkijs, bei denen die Genossen sich häufig aufhielten, ohne und trotzdem, der Meinung zu ergeben waren, daß sie für die Parteiarbeit, für die Unterstützung der Genossen, für die Erhaltung der illegalen Druckerei, für das Herausgeben der Flugblätter nicht nur Geldes unter der Bourgeoisie sammelten, sondern auch den größten Teil ihres Verdienstes hergaben. Um so mehr waren die Verdächte, die von einigen Verrätern gegen Lewizkij erhoben wurden und die in seiner Person das Komitee der Arbeitsunfähigkeit beschuldigten, vollständig unberechtigt. Genosse Lewizkij, der die schweren Kämpfe gegen den Oekonomismus, gegen den Quartierismus, gegen die Menschewiken aufgenommen und auch durchgekämpft und eine ganze Reihe von Genossen im bolschewistischen Geist erzogen hatte, war durch die äußeren Umstände gezwungen, aus dem Komitee auszuscheiden und zu verreisen. Die Hauptursache seiner Abreise war die beginnende polizeiliche Beobachtung.

Die Abreise des Genossen Ossip und das Einsetzen des Genossen Michail (Tomitsch) an seine Stelle verschlechterten die Lage der Odessaer Organisation. Ossip war ein energischer, fester Bolschewik, auf den man sich verlassen konnte, hingegen war Genosse Michail schwankend und schlaff, was besonders in schweren Situationen zutage kam. Seine Neigung zur Versöhnung mit den Menschewiken erwies sich besonders in der Zeit der Ankunft des „Potjomkin" als verderblich.

Unsere Lage war im Mai 1905, zur Zeit der angespanntesten Arbeit zur Durchführung der Streiks, außerordentlich schwierig. Der Mangel an Wohnungen für Versammlungen, ja, selbst für Sitzungen des Komitees, unsere vollständige Mittellosigkeit gestalteten sich zu fast unüberwindbaren Schranken für die weitere Arbeit, verurteilten sogar die Mitglieder des Komitees, die zu jener Zeit vier Kopeken täglich bekamen, zum Hunger und zwangen viele Arbeiterzentralisten und viele Gruppenmitglieder, Odessa für immer zu verlassen, um in einer anderen Stadt Arbeit zu suchen.

Zur selben Zeit, wo die revolutionäre Arbeiterbewegung in Odessa immer mehr Massencharakter annahm, wo sie aus dem engen Rahmen der Zirkel herauskam, wurde unsere Arbeit und ihre Weiterentwicklung dadurch gehemmt und gehemmt, daß das Komitee weder Wohnungen noch Geld auftreiben konnte.

Eines Tages ging ich während des Streiks auf die Straße. Plötzlich wurde meine Aufmerksamkeit auf eine ganz ungewöhnlich aussehende Prozession gelenkt. Langsam, fest im Schritt, fuhren an mir zehn Wagen vorbei. In jedem dieser Wagen saß ein mächtiger Hausknecht, hielt mit der linken Hand einen verhafteten Menschen Arbeiter am Kragen und schlug mit der rechten mit aller Kraft auf ihn ein. Von weitem konnte man sehen, wie zehn Köpfe, mit Blutflecken beim Trocknen, auf die Gesichter niederfielen und die Zähne aus Augen traten.

(Fortsetzung folgt)